

Kapitel 5: Demokratie stärken

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: BAG Demokratie und Recht
Beschlussdatum: 05.10.2020

Änderungsantrag zu GSP.D-01

Von Zeile 240 bis 243:

~~(266) Eine faktenbasierte Kriminal- und Sicherheitspolitik, die auf Prävention, Rechtsstaat und Information setzt, ist Leitbild. Sie koordiniert Verantwortung und geht den notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose Massendatenspeicherung schränkt individuelle Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.~~

(266) Grüne Kriminal- und Sicherheitspolitik ist faktenbasiert und geht über Polizei und Justiz hinaus. Sie legt Wert auf Prävention und Hilfsangebote, bezieht soziale Infrastruktur sowie Stadt- und Raumplanung ein und fördert ein Bewusstsein für gegenseitige Rücksichtnahme. Eingriffsmaßnahmen müssen verhältnismäßig, so transparent wie möglich und einem effektiven Rechtsschutz zugänglich sein. Die Sicherheitsarchitektur bedarf einer grundlegenden Erneuerung, um eine bessere Koordination und klare Verantwortlichkeiten zu gewährleisten. Anlasslose Massendatenspeicherung lehnen wir ab. Wir wollen ein zielgerichtetes Vorgehen, das die Grundrechte achtet und die Menschen schützt. Technik und Datenverarbeitung bei den Sicherheitsbehörden muss so gestaltet werden, dass unzulässige Grundrechtseingriffe soweit wie möglich ausgeschlossen sind (privacy by design).

Begründung

Es erscheint notwendig auf die Faktoren einzugehen, die in der Diskussion um zielgerichtete Arbeit der Strafverfolgungsbehörden, oft hinten herunterfallen. Faktoren, die sich kriminalitätsbegünstigend auswirken können, muss entgegengewirkt werden. Streetwork und zugängliche Unterstützungsangebote sind ein mindestens ebenso wichtiger Pfeiler eines guten Zusammenlebens wie eine gut ausgestattete Polizei.